Stadt Bergisch Gladbach

Der Bürgermeister

Ausschussbetreuender Fachbereich	Datum	
Finanzen	30.11.2005	
	Schriftführer Rolf Büchel	Telefon-Nr. 02202/142607

Niederschrift

	Sitzung am Dienstag, 15. November 2005	
Sitzungsort	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)	
Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm- Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	17:04 Uhr – 19:30 Uhr	
	Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis) keine	

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

A Öffentlicher Teil

- 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit
- 2. Genehmigung der Niederschrift öffentlicher Teil
- 3. Bericht über die Durchführung der in der Sitzung des Finanz- und Liegenschaftsausschusses am 27.09.2005 gefassten Beschlüsse (Öffentlicher Teil) 567/2005
- 4. Mitteilungen des Vorsitzenden
- 5. Mitteilung des Bürgermeisters
- 6. Aufhebung der Richtlinien für die Übernahme der Telefonanschlußkosten und Telefongrundgebühren durch die Stadt Bergisch Gladbach 436/2005

7. Aufhebung der Richtlinien zur Förderung von Wohnraumanpassungsmaßnahmen für ältere Menschen 450/2005

8. Beratung über den Haushaltsplanentwurf 2005/2006 - Hochbaumaßnahmen des FB 6 505/2005

9. Wirtschaftsplan der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "Fachbereich Grundstückswirtschaft und Wirtschaftsförderung" für die Wirtschaftsjahre 2005 und 2006 550/2005

10. Haushaltssatzung und Haushaltssicherungskonzept der Stadt Bergisch Gladbach für die Haushaltsjahre 2005/2006 und das Investitionsprogramm für die Haushaltsjahre 2004 - 2008
548/2005

11. Hebesatzsatzung der Stadt Bergisch Gladbach für die Haushaltsjahre 2005 und 2006 564/2005

- 12. Kassenkreditsatzung der Stadt Bergisch Gladbach für das Haushaltsjahr 2006 544/2005
- 13. Antrag der FDP-Fraktion vom 12.09.2005 zur Begrenzung der Ausgabenbudgets 504/2005
- 14. Antrag der FDP-Fraktion vom 25.10.2005 zur Begrenzung der Ausgabenbudgets für freiwillige Leistungen 572/2005
- 15. gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion und SPD-Fraktion vom 31.10.2005 zum Doppelhaushalt 2005/2006 573/2005
- 16. Anfragen der Ausschussmitglieder

B <u>Nichtöffentlicher Teil</u>

6. Grundstücksangelegenheit; Verkauf des ehemaligen Zollamtsgrundstückes/Stadtmitte hier: notarielles Kaufangebot 571/2005

- 7. Anfragen der Ausschussmitglieder
- 1. Genehmigung der Niederschrift nichtöffentlicher Teil
- 2. Bericht über die Durchführung der in der Sitzung des Finanz- und Liegenschaftsausschusses am 27.09.2005 gefassten Beschlüsse (Nichtöffentlicher Teil) 568/2005
- 3. Mitteilungen des Vorsitzenden
- 4. Mitteilung des Bürgermeisters
- 5. Grundstücksangelegenheit; Abschluss eines Grundstücksvertrags im Bereich Stadtmitte 570/2005

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit
- @-> Der Ausschussvorsitzende, Herr Freese, eröffnet um 17:04 Uhr die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße und rechtzeitige Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit des Finanz- und Liegenschaftsausschusses fest.

2 <u>Genehmigung der Niederschrift - öffentlicher Teil</u>

@-> Die Niederschrift über die Sitzung des Finanz- und Liegenschaftsausschusses am 27.09.2005 wird einstimmig genehmigt.
 <-@

- 3 <u>Bericht über die Durchführung der in der Sitzung des Finanz- und Liegenschaftsausschusses am 27.09.2005 gefassten Beschlüsse (Öffentlicher Teil)</u>
- Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.<-@

4 <u>Mitteilungen des Vorsitzenden</u>

— Herr Freese teilt im folgenden die geplanten Sitzungstermine des Finanz- und Liegenschaftsausschusses für das Jahr 2006 mit:

Donnerstag, 16.03.2006 Donnerstag, 01.06.2006 Donnerstag, 24.08.2006 Donnerstag, 19.10.2006 Donnerstag, 07.12.2006

Des weiteren verweist er auf eine aktualisierte Änderungsliste zum Korridor für freiwillige Leistungen und einen gemeinsamen Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 09.11.2005 zu TOP A 10, die als Tischvorlagen verteilt sind.

Herr Ziffus sieht sich nicht in der Lage, in der kurzen Zeit die o. g. aktualisierte Änderungsliste durchzuarbeiten und ohne Rücksprache mit seiner Fraktion hierzu Stellung zu nehmen. Daher beantragt er eine Vertagung des Tagesordnungspunktes A 10 -Haushaltssatzung und Haushaltssicherungskonzept der Stadt Bergisch Gladbach für die Haushaltsjahre 2005/2006 und das Investitionsprogramm für die Haushaltsjahre 2004-2008-.

Zur aktualisierten Änderungsliste zum Korridor merkt Herr Kotulla an, dass hierin

lediglich alle bereits jetzt erkennbaren Ergebnisse für das Jahr 2005 eingearbeitet sind. Hierdurch konnte der Korridor für das Jahr 2005 ausgeglichen werden.

Herr Ziffus ändert seinen Antrag dahingehend ab, die Sitzung lediglich zu unterbrechen.

Herr Lang beantragt weiterhin eine Vertagung des Tagesordnungspunktes A 10 - Haushaltssatzung und Haushaltssicherungskonzept der Stadt Bergisch Gladbach für die Haushaltsjahre 2005/2006 und das Investitionsprogramm für die Haushaltsjahre 2004-2008-.

Herr Nagelschmidt spricht sich gegen eine Sitzungsunterbrechung aus.

Sodann wird über den Vertagungsantrag abgestimmt, der mehrheitlich (2 Ja-Stimmen der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und von BfBB; 12 Nein-Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und von der KIDitiative) bei 1 Enthaltung (der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) abgelehnt wird.

In einer weiteren Abstimmung wird über den Antrag auf Sitzungsunterbrechung abgestimmt, der ebenfalls mehrheitlich (4 Ja-Stimmen der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der KIDitiative und von BfBB; 11 Nein-Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, und FDP) abgelehnt wird.

<-(a)

5 <u>Mitteilung des Bürgermeisters</u>

— Herr Kotulla teilt mit, dass sich bei der Gewerbsteuer erstmalig seit Jahren eine Einnahmeverbesserung in Höhe von ca. 1,2 Mio. Euro abzeichnet.
Bei Altfehlbeträgen von ca. 60 Mio. Euro ist dies allerdings nur "ein Tropfen auf den heißen Stein".

Auf eine Frage von Herrn Dr. Fischer antwortet Herr Muth, dass der Anteil bei der Einkommensteuer ca. 900.000 € unter dem Ansatz bleiben wird. Bezüglich der Gewerbsteuersteuer merkt er an, dass aufgrund der Zahlen vom heutigen Tage sich lediglich eine Verbesserung in Höhe von 1,035 Mio. Euro abzeichnet.

Entsprechend einer Bitte aus den Arbeitskreisen kündigt Herr Martmann eine Auflistung zum Verkaufsstand der belgischen Liegenschaften in Bergisch Gladbach an, welche als Anlage der Niederschrift beigefügt wird.

Herr Freese verweist auf einen gemeinsamen Antrag der CDU-Fraktion und SPD-Fraktion zur Vermarktung des ehemaligen Schulgrundstückes Fasanenstraße. Dieser Antrag wird entsprechend der Geschäftsordnung auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung des Finanz- und Liegenschaftsausschusses stehen.

<-(a)

- 6 <u>Aufhebung der Richtlinien für die Übernahme der Telefonanschlußkosten und</u> Telefongrundgebühren durch die Stadt Bergisch Gladbach
- **a->** Abstimmungsergebnis: mehrheitlich (14 Ja-Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE

GRÜNEN, FDP und der KIDitiative; 1 Nein-Stimme der Fraktion von BfBB)

Beschlussvorschlag:

<-(a)

@-> Die am 13.11.1975 vom Rat der Stadt Bergisch Gladbach beschlossenen Richtlinien für die Übernahme der Telefonanschlußkosten und Telefongrundgebühren durch die Stadt Bergisch Gladbach (Anlage) werden zum 31.Dezember 2005 aufgehoben.

<-(a)

- 7 <u>Aufhebung der Richtlinien zur Förderung von Wohnraumanpassungsmaßnahmen für ältere Menschen</u>
- @-> Herr Hastrich erläutert auf Bitten von Herrn Lang die Vorlage.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschlussvorschlag:

<-(a)

@-> Die am 18.05.2000 vom Rat der Stadt Bergisch Gladbach beschlossenen und rückwirkend zum 1.1.2000 in Kraft getretenen Richtlinien zur Förderung von Wohnraumanpassungsmaßnahmen für ältere Menschen (Anlage) werden mit Wirkung vom 01.01.2006 aufgehoben.

<-(a)

- 8 Beratung über den Haushaltsplanentwurf 2005/2006
 Hochbaumaβnahmen des FB 6
- @-> Herr Dr. Fischer ist der Auffassung, dass die in dieser Vorlage aufgeführten Änderungen nicht in der Änderungsliste zum Investitionsprogramm enthalten sind.

Die Verwaltung sagt eine Klärung bis zur Ratssitzung zu.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich (13 Ja-Stimmen der Fraktionen

von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP; 1 Nein-Stimme der Fraktion von BfBB)

bei 1 Enthaltung (der Fraktion der KIDitiative)

Beschlussvorschlag:

<-@

@-> Der Rat hat die Beratung über den Haushaltsplanentwurf an die Fachausschüsse überwiesen.

Der Finanz- und Liegenschaftsausschuss beschließt dementsprechend über die als Anlage aufgeführten Ansätze aus dem Haushaltsplanentwurf 2005 und 2006 (Doppelhaushalt).

Bei den aufgeführten Ansätzen sind alle Vorgaben der Genehmigungsbehörde im Rahmen des Haushaltssicherungskonzeptes berücksichtigt. Die Streichungen bei den

aufgeführten "Neumaßnahmen" waren erforderlich, um die Nettoneuverschuldung auf Null zurückzufahren.

Es handelt sich dabei um Hochbaumaßnahmen, die gemäß Haushaltsplanentwurf in die Zuständigkeit des Fachbereichs 6 (Grundstücksnutzung) fallen.

Der Beschluss über die Ansätze ergibt sich aus den Beratungen.

<-(a)

9 <u>Wirtschaftsplan der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "Fachbereich Grundstückswirtschaft und Wirtschaftsförderung" für die Wirtschaftsjahre 2005 und 2006</u>

<u>a-> Abstimmungsergebnis:</u> mehrheitlich (11 Ja-Stimmen der Fraktionen

von CDU, SPD und FDP; 2 Nein-Stimme der Fraktionen der KIDitiative und von BfBB)

bei 2 Enthaltungen (der Fraktion von BÜNDNIS

90/DIE GRÜNEN)

Beschlussvorschlag:

<-(a)

@-> Der Wirtschaftsplan für die Wirtschaftsjahre 2005 und 2006 sowie der Investitionsplan für die Jahre 2005 bis 2009 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "Fachbereich Grundstückswirtschaft und Wirtschaftsförderung" werden beschlossen.

<-(a)

- 10 <u>Haushaltssatzung und Haushaltssicherungskonzept der Stadt Bergisch Gladbach für die Haushaltsjahre 2005/2006 und das Investitionsprogramm für die Haushaltsjahre 2004 2008</u>
- @-> Im Ausschuss besteht Einvernehmen darüber, auf Vorschlag von Herrn Freese die Tagesordnungspunkte A 10, A 13, A 14 und A 15 gemeinsam zu beraten.

Herr Nagelschmidt verweist auf den gemeinsamen Antrag der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion vom 31.10.2005 (TOP A 15). Die einzelnen Änderungsanträge sollen einzeln zur Abstimmung gebracht werden. Eine inhaltliche Äußerung wird der Haushaltsrede im Rat am 17.11.2005 vorbehalten.

Herr Dr. Fischer zieht den Antrag der FDP-Fraktion vom 12.09.2005 (TOP A 13) zurück, da zwischenzeitlich ein modifizierter Antrag vom 25.10.2005 (TOP A 14) vorliegt. Weiterhin verweist er auf die Änderungsanträge aus der letzten Sitzung, die der Vorlage zu TOP A 10 beigefügt sind (Seite 27).

Auf Anfrage von Herrn Ziffus begründet die Verwaltung, wieso eine geänderte Liste für die Festlegung des Korridors für freiwillige Leistungen als Tischvorlage verteilt wurde. In dieser Liste sind alle erkennbaren Verbesserungen, die sich durch die vorläufige Haushaltsführung bis zum Jahresende ergeben werden, eingearbeitet worden.

Auf Wunsch von Herrn Lang erläutert Herr Dr. Fischer die beiden Anträge der FDP-

Fraktion.

Die Verwaltung beantwortet einige Fragen im Zusammenhang mit den Veränderungen zu SGB II und SGB XII von Herrn Dr. Fischer.

Herr Lang wünscht eine schriftliche Beantwortung dieser Fragen durch die Verwaltung bis zur Ratssitzung.

Nun stellt und begründet Herr Ziffus die Änderungsanträge zum Haushalt, welche sich mit dem Antrag, der für die Ratssitzung am 17.11.2005 gestellt wurde, decken. Dieser Antrag ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Bei Hst. 000 630 85 -Veranstaltungs- und Sachkosten- verändert er seinen Änderungsantrag. Anstatt der 5.000 € sollen lediglich 3.000 € für "Lärmuntersuchung Ärzte" zusätzlich bereitgestellt werden. Den Antrag, bei den Investitionen des Abwasserwerkes die Prioritäten umzuplanen, zieht er zurück.

Herr Nagelschmidt merkt an, dass der Sozialausschuss die Beratung über den Haushalt in der letzten Sitzung vertagt hat. Der Rat müsste dann die Beratung des Sozialetats an sich ziehen.

Auf Wunsch von Herrn Dr. Fischer wird über die vorliegenden Anträge wie folgt getrennt abgestimmt.

Anträge der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Die Erhöhung des Ansatzes bei Hst. 000 630 85 -Veranstaltungs- und Sachkosten- um 3.000 € wird mehrheitlich (2 Ja-Stimmen der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; 11 Nein-Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD und FDP) bei 2 Enthaltungen (der Fraktionen der KIDitiative und der BfBB) abgelehnt

Die Erhöhungen des Ansatzes bei Hst. 451 763 01 -Kinderbüro- um 3.500 € werden mehrheitlich (5 Ja-Stimmen der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, der KIDitiative und der BfBB; 10 Nein-Stimmen der Fraktionen von CDU und SPD) abgelehnt.

Der Erhöhung des Ansatzes bei der Seniorenhilfe um 30.000 € wird mehrheitlich (13 Ja-Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der KIDitiative; 1 Nein-Stimme der Fraktion der BfBB) bei 1 Enthaltung (der FDP-Fraktion) zugestimmt.

Die Erhöhung des Ansatzes bei den Spielgeräten um 35.000 € wird mehrheitlich (5 Ja-Stimmen der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, der KIDitive und der BfBB; 10 Nein-Stimmen der Fraktionen von CDU und SPD) abgelehnt.

Der Erhöhung des Ansatzes bei der Jugendhilfe um 33.000 € wird einheitlich bei 1 Enthaltung (der FDP-Fraktion) zugestimmt.

Keine Veränderungen bei der Hst. 321 715 64 -Verlust abdeckender Zuschuss (Kunst- und Kulturbesitz)- vorzunehmen, wird mehrheitlich (4 Ja-Stimmen der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der KIDitiative und der BfBB; 11 Nein-Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD und FDP) abgelehnt.

In einer weiteren Abstimmung wird über die weiteren Änderungsanträge abgestimmt, welche mehrheitlich (4 Ja-Stimmen der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der KIDitiative und der BfBB; 11 Nein-Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD und FDP) abgelehnt werden.

Anträge der FDP-Fraktion vom 27.09.2005:

Die Erhöhung des Ansatzes bei Hst. 550 718 18 -Benutzungsentgelte Sport- um 28.991 € und die gleichzeitige Kürzung der Ansätze bei den Hst. 300 715 03 -Verlust abdeckender Zuschuss (Kulturbüro)- um 11.177, Hst. 333 715 16 -Verlust abdeckender Zuschuss (Musikschulen)- um 9.000 € und Hst. 352 715 19 -Verlust abdeckender Zuschuss (Büchereien)- um 9.000 € wird mehrheitlich (1 Ja-Stimme der FDP-Fraktion; 13 Nein-Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der KIDitiative) bei 1 Enthaltung (der Fraktion von BfBB) abgelehnt.

Die Reduzierung der Einsparungen bei den Bürgerbüros um 140.000 € und die gleichzeitige Reduzierung des Zuschusses für Grünpflege um 83.000 € und die Reduzierung der Mittel im Zusammenhang mit der Baumschutzsatzung um 52.000 € wird mehrheitlich (1 Ja-Stimme der FDP-Fraktion; 14 Nein-Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der KIDitiative und BfBB) abgelehnt.

Antrag der FDP-Fraktion vom 25.10.2005:

Der Antrag, die Ausgabebudgets für freiwillige Leistungen zu begrenzen, wird mehrheitlich 1 Ja-Stimme der FDP-Fraktion; 12 Nein-Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) bei 2 Enthaltungen (der Fraktion der KIDitiative und von BfBB) abgelehnt.

Antrag der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion vom 09.11.2005:

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 4 Enthaltungen

(der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der KI-Ditiative und BfBB)

Beschluss:

Im freiwilligen Bereich städtischer Leistungen sollen für das Kinderbüro und den Spielverleih Kooperationskonzepte mit anderen Trägern entwickelt werden, um im Jahr 2007 den Gesamtbetrag von 52.000 € einzusparen.

Anträge der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion vom 31.10.2005 (mit Ausnahme der Veränderungen bei den Hebesätzen, da Behandlung unter TOP A 11):

Dem Antrag im Zusammenhang mit der Sportförderung und der Zuschussgewährung für den Eissport nur noch bis zum 3112.2006 wird einstimmig bei 3 Enthaltungen (der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der BfBB) zugestimmt.

Dem Antrag im Zusammenhang mit der Neuausrichtung der offenen Jugendarbeit wird einstimmig bei 1 Enthaltung (der Fraktion der BfBB) zugestimmt.

Dem Antrag im Zusammenhang mit den Zuschüssen für die Dachorganisation "Karneval" wird einstimmig bei 1 Enthaltung (der Fraktion der BfBB) zugestimmt.

Dem Antrag im Zusammenhang mit dem Verkauf des Bürgerzentrums Schildgen wird einstimmig bei 2 Enthaltungen (der Fraktionen von FDP und der BfBB) zugestimmt.

Dem Antrag im Zusammenhang mit der Reduzierung der Grünpflege wird mehrheitlich (12 Ja-Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und der KIDitiative; 3 Nein-Stimmen der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der BfBB) zugestimmt.

Dem Antrag im Zusammenhang mit der Auflösung der Stadtverkehrsgesellschaft wird einstimmig bei 3 Enthaltungen (der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der KIDitiative) zugestimmt.

Im Anschluss hieran wird über den Gesamthaushalt wie folgt abgestimmt:

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich (10 Ja-Stimmen der Fraktionen

> von CDU und SPD; 4 Nein-Stimmen der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der KIDitiative und BfBB)

(der FDP-Fraktion)

bei 1 Enthaltung

Beschlussvorschlag:

(a)-> Die Haushaltssatzungen und das Haushaltssicherungskonzept für die Jahre 2005/2006 sowie das Investitionsprogramm für die Jahre 2004 – 2008 werden unter Berücksichtigung der vom Finanz- und Liegenschaftsausschuss vorgeschlagenen Änderungen beschlossen.

11 Hebesatzsatzung der Stadt Bergisch Gladbach für die Haushaltsjahre 2005 und 2006

(a)-> Über die einzelnen Hebesätze wird getrennt abgestimmt.

Grundsteuer A:

Der Antrag von Herrn Schütz, die Grundsteuer um 25 v. H. auf 260 v.H. anzuheben, wird mehrheitlich (1 Ja-Stimme der Fraktion der KIDitiative; 11 Nein-Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD und der BfBB) bei 3 Enthaltungen (der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP) abgelehnt.

Daraufhin fasst der Ausschuss folgenden Beschluss:

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich (14 Ja-Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS

90/DIE GRÜNEN, FDP und der KIDitiative; 1 Nein-Stimme der Fraktion der BfBB)

Beschlussvorschlag:

Der Erhöhung der Grundsteuer A um 20 v.H. auf 255 v.H. wird zugestimmt.

Grundsteuer B:

Der Antrag von Herrn Dr. Fischer, die Grundsteuer B um 30 v.H. auf 460 v.H. anzuheben, wird mehrheitlich (2 Ja-Stimmen der Fraktionen von FDP und der KIDitative; 11 Nein-Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD und der BfBB) bei 2 Enthaltungen (der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) abgelehnt.

Daraufhin fasst der Ausschuss auf Antrag der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion folgenden Beschluss:

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich (11 Ja-Stimmen der Fraktionen

von CDU, SPD und der KIDitiative; 1 Nein-Stimme der Frak-

tion der BfBB)

bei 3 Enthaltungen (der Fraktionen von BÜNDNIS

90/DIE GRÜNEN und FDP)

Beschlussvorschlag:

Der Erhöhung der Grundsteuer B um 25 v.H. auf 455 v.H. wird zugestimmt.

Gewerbesteuer:

Der Verwaltungsvorschlag, die Gewerbesteuer um 10 v.H. auf 460 v.H. anzuheben, wird mehrheitlich (2 Ja-Stimmen der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; 12 Nein-Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und der BfBB) bei 1 Enthaltung (der Fraktion der KIDitiative) abgelehnt.

Daraufhin fasst der Ausschuss auf Antrag der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion folgenden Beschluss:

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich (14 Ja-Stimmen der Fraktionen

von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der KIDitiative; 1 Nein-Stimme der

Fraktion der BfBB)

Beschlussvorschlag:

Der Erhöhung der Gewerbesteuer um 5 v.H. auf 455 v.H. wird zugestimmt.

<-(a)

(a)-> <-(a)

12 Kassenkreditsatzung der Stadt Bergisch Gladbach für das Haushaltsjahr 2006

Auf eine Frage von Ziffus antwortet Herr Muth, dass sich bei einer Zinserhöhung um 1 % die Ausgaben für Zinsen um jährlich ca. 1 Mio. Euro erhöhen.

Die Antwort auf die Frage von Herrn Lang zur Höhe der gesamten Kredite der Stadt wird für die Ratssitzung zugesagt.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich

(11 Ja-Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD und FDP; 4 Nein-Stimmen der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der KIDitiative und BfBB)

Beschlussvorschlag:

<-(a)

@-> Die Kassenkreditsatzung der Stadt Bergisch Gladbach für das Haushaltsjahr 2006 wird in der Fassung der Vorlage beschlossen.

<-(a)

- 13 Antrag der FDP-Fraktion vom 12.09.2005 zur Begrenzung der Ausgabenbudgets
- @-> Der Antrag wurde von der FDP-Fraktion zurückgezogen (siehe TOP A 10).<-@
- 14 <u>Antrag der FDP-Fraktion vom 25.10.2005 zur Begrenzung der Ausgabenbudgets</u> für freiwillige Leistungen
- @-> Dieser Antrag wurde unter Tagesordnungspunkt A 10 behandelt.<-@
- 15 <u>gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion und SPD-Fraktion vom 31.10.2005 zum Doppelhaushalt 2005/2006</u>
- Dieser Antrag wurde unter Tagesordnungspunkt A 10 behandelt.<-@
- 16 Anfragen der Ausschussmitglieder
- *a->* Herr Hoffstadt:

Ich nehme Bezug auf einen Bericht in der Zeitung. Hier wurde berichtet, dass sich die Stadt bei der Einschätzung der finanziellen Situation bei der Villa Zanders wohl verrechnet hätte. Diese Presseerklärung hat wohl der Leiter der städt. Museen abgegeben. Diese Erklärung hat mich irritiert.

Nun meine Fragen:

- 1. Wer redet mitten in den Beratungen für die Stadt?
- 2. Ist es richtig, dass bei der Villa Zanders in der Tat an Gebäudekosten 500.000 €

- anfallen oder etwa nicht, wie es in der Zeitung stand?
- 3. Was gedenkt der Bürgermeister zu unternehmen, um solche Sachen zu unterbinden? Denn hier wird ja der Rat und auch die Verwaltungsspitze als "Deppen" dargestellt und an den Leserbriefen kann man erkennen, dass die Bürger das auch so glauben.

Herr Kotulla sagt eine schriftliche Beantwortung dieser Anfrage zu, macht aber vorab deutlich, dass die Kalkulation der Verwaltung richtig ist. Ein solches Gebäude verursacht Kosten, die nicht fiktiv sind, sondern tatsächlich anfallen.

Herr Ziffus:

Meine Anfrage geht in die gleiche Richtung.

Inwieweit darf ein städtischer Mitarbeiter in solchen Dingen an die Öffentlichkeit gehen? Man sollte diesem städt. Mitarbeiter erklären, was eine kalkulatorische Miete ist.

Hierzu antwortet Herr Kotulla, dass diese Erklärung bereits abgegeben ist, so dass solche Äußerungen in Zukunft entfallen.



Da keine weiteren Anfragen vorliegen, schließt der Ausschussvorsitzende, Herr Freese um 18:50 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung.